



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 114. Ratssitzung vom 6. November 2024

3892. 2024/132

**Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Patrick Tscherrig (SP) und Beat Oberholzer (GLP) vom 27.03.2024:
Nutzung der Autobahnabschnitte auf städtischem Gebiet für die Produktion von Solarstrom**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Roland Hohmann (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3020/2024): Noch vor wenigen Jahren existierte das Wort «Strommangellage» in unserer Umgangssprache nicht. Erst mit dem russischen Angriff auf die Ukraine geriet das Wort auf den Radar. Wahrscheinlich unter dem Eindruck der Strommangellage hat das eidgenössische Parlament im September 2022 den sogenannten «Solarexpress» beschlossen. Damit fördert der Bund bis Ende 2025 den Bau von alpinen Photovoltaikanlagen mit dem Ziel, die inländische Winterstromproduktion zu erhöhen. Mittlerweile ist der Solarexpress ins Stocken geraten. Die Bilanz im Frühling 2024 zeigte, dass von den über 60 eingereichten erst 26 Projekte die ersten Hürden erfolgreich gemeistert und die nötige Zustimmung der Standortgemeinden erhalten haben. Erst 8 dieser Projekte wurden öffentlich aufgelegt. Auf nationaler Ebene diskutiert man deshalb eine Verlängerung des Finanzierungsfensters. Ins Stocken gerieten auch die Pläne des Elektrizitätswerks (ewz) zum Ausbau der Solarenergieproduktionen in den Alpen. Ende Januar 2024 hat sich die Gemeinde Surses gegen das geplante Solarkraftwerk im Val Nandro ausgesprochen. Rund zwei Monate später meldete das ewz, dass es die Planung der hochalpinen Solaranlage Splügen-Tambo einstellt. Zwar befürwortet eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung die Energiewende, gleichzeitig beurteilt sie aber den Bau von Anlagen in naturnahen Landschaften kritisch. Das sieht in Gebieten, die bereits stark genutzt werden und bei denen keine nachteiligen Eingriffe in Natur und Landschaft nötig sind, anders aus. Dazu gehören Hausdächer, Dächer von Fabriken, Parkplätze, Kläranlagen oder Schallschutzwände entlang von Autobahnen sowie Autobahnen an sich. Der Bund ermöglicht seit kurzem die Nutzung von Autobahnborde und Schallschutzwänden für die Solarstromproduktion. Zudem prüft er fallweise, ob Autobahnabschnitte mit Solarpanels überdacht werden können. Dafür gibt es zwei Beispiele: die A9 im Wallis und die A4 im Knonauer Amt. Da setzt unser Postulat an: Der Stadtrat soll mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) prüfen, welche Autobahnabschnitte auf städtischem Gebiet für die Solarstromproduktion genutzt werden könnten. Wir denken beispielsweise an die A3 in Wollishofen, bei der Brunau



oder auf der Sihlhochstrasse sowie an die A1 in Altstetten. Das sind Orte, an denen Solarpanels aus Sicht des Landschaftsschutzes keine Schäden anrichten. Zudem können sie einen positiven Effekt für den Lärmschutz haben. Es handelt sich um eine Fläche von etwa 10 Hektaren. Das entspricht einem Sechstel des geplanten Projekts im Val Nandro. Diese Flächen haben den Vorteil, dass sie gut erschlossen sind und sich in der Nähe der Stromkonsumentinnen und Stromkonsumenten befinden. Der Stadtrat sollte stufengerecht mit dem ASTRA Kontakt aufnehmen und abklären, welche Autobahnabschnitte wie für die Solarstromproduktion genutzt werden können. Dazu gehören Fragen der Verkehrssicherheit und zur technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit. Es kann nicht damit getan sein, zu sagen, dass das zu teuer oder technisch nicht möglich sei. Zürich hat sich mit grosser Mehrheit für das Netto-Null-Ziel bis zum Jahr 2040 ausgesprochen. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, das nicht durch den Kauf von Zertifikaten erreicht werden kann. Es braucht innovative Lösungen und unkonventionelle Ansätze. Dann können wir den Nutzen der fossilen Energieträger maximal reduzieren, die Energieeffizienz steigern und die erneuerbaren Energieproduktionen auf dem städtischen Gebiet ausbauen.

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. April 2024 gestellten Textänderungsantrag: *Wenn wir mit dem ASTRA Kontakt aufnehmen, können wir auch mit den SBB sprechen. Entlang von Bahnabschnitten könnten wir ebenso Panels aufstellen, dort ist die Entnahme der produzierten Energie kein Problem. Es macht Sinn, mit beiden Akteuren zu sprechen und eine massive Ausbaukampagne der Solarenergie in der Stadt zu starten. Das ist wirkungsvoller als das Bedecken einiger Dächer.*

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Autobahn- und Bahnabschnitte auf städtischem Gebiet für die Produktion von Solarstrom genutzt werden können. Mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) soll abgeklärt werden, welche bestehenden Schallschutzwände sich für das Anbringen von Solarpanels eignen und welche Strassenabschnitte grossflächig mit Solarpanels überdacht werden können. Es sollen auch gemeinsame Projekte mit Nachbargemeinden geprüft werden.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): *Die Idee mit der Überdachung der Autobahn wirkt auf den ersten Blick gut. Als Nutzer der A1 nehme ich erfreut zur Kenntnis, dass die Postulanten für eine Verbreiterung der Autobahnen sind. Losgelöst von meiner individuellen Betroffenheit ist die Idee weder neu noch sehr überzeugend. Bereits im September 2022 hat das ASTRA 350 Lärmschutzwände öffentlich ausgeschrieben. Die Idee war, dass Private gratis Solarpanels anbringen und Strom produzieren können. Die Nachfrage war klein, weil kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist. Wir gehen auch nicht davon aus, dass Solarpanels über den Autobahnen wirtschaftlich betrieben werden können. Das Postulat stärkt leider keine neue Technologie, sondern ist ein Ladenhüter. Im Mittelland dürfte ein mittags produzierter Solarstrom nach kurzer Zeit nicht mehr nachgefragt sein; vielmehr verstärkt er den Angebotsüberhang. Wir sprechen bereits heute davon, dass Private ihren Strom in dieser Zeit in Zukunft nicht mehr ins Netz einspeisen dürfen. In diesem Zusammenhang macht der Ausbau der Solarkapazität auf den Autobahnen im Mittelland*



aus unserer Sicht keinen Sinn. Er ist weder wirtschaftlich vernünftig noch ökologisch oder nachhaltig. Aus Sympathie gegenüber den Postulanten verschliessen wir uns der Prüfung aber nicht und sind gespannt auf die Antwort des Stadtrats. Vielleicht sind die technischen Möglichkeiten in zwei Jahren weiter und es wird eine sinnvolle Lösung geben.

Patrick Tscherrig (SP): *Dass wir die Photovoltaik (PV) in der Stadt ausbauen müssen, ist unbestritten. Autobahnen sind eine von vielen Möglichkeit dafür. Die Studie des Bundes zeigt ein Potenzial von zehn Terrawattstunden auf. Das ist die Hälfte unserer Atomkraftwerke. Dieses enorme Potenzial gilt es auszuschöpfen. Von den 350 Standorten befindet sich keiner in der Stadt. Ein anderer wichtiger Punkt des Postulats ist die Akzeptanz von PV-Anlagen. Viele verstehen nicht, warum schöne Landschaften mit PV-Anlagen verbaut werden sollen. Ich finde, dass es in den meisten Fällen gute Projekte sind. Ich habe ein gewisses Verständnis für den Hinweis, dass man zuerst die bereits gebaute Infrastruktur für PV-Anlagen nutzen sollte. Das wollen wir mit dem Vorstoss erreichen und hoffen, dass wir damit auch den PV-Ausbau in anderen Bereichen stärken können.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *An Nebeltagen wie heute nützen Solarzellen in der Stadt wenig. In den Bergen hingegen, wo meistens die Sonne scheint, wird an 300 Tagen im Jahr Strom produziert. Das Problem ist, wenn die Anlagen keinen Strom produzieren. Dann braucht man wieder Gaskraftwerke. Ob das ökologisch ist? Zürich ist nicht dafür prädestiniert. Trotzdem haben wir nichts dagegen, haben aber ein paar Fragezeichen. Es gibt heute bereits sonnige Sonntage, an denen zu wenig Strom genutzt wird, während sehr viel produziert wird. Theoretisch hätte man an diesen Tagen negative Strompreise. Man darf nicht vergessen, dass die Leitungen rückkoppelbar sein müssen. Entsprechende Stromflüsse müssen in beide Richtungen möglich sein. Auf das ewz kommen also hohe Ausbaurkosten zu, die sich in den Nebenkosten der Wohnungsmieten niederschlagen werden. Daran solltet ihr bei solchen Vorschlägen denken. Es gibt immer zwei Seiten. Man muss sich generell überlegen, wie die Energie produziert werden soll. Ohne Begeisterung sagt unsere Faktion Ja zum Postulat, denn prüfen kann man vieles.*

Derek Richter (SVP): *Man sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen, weshalb wir unsere Textänderung beliebt machen. Wir sind uns bewusst, dass wir mit diesen PV-Anlagen keine Bandenergie, sondern nur Zufallsenergie produzieren können. Das kann man machen. Der Vorstoss will lediglich PV-Anlagen, zu den Speichermöglichkeiten schweigt er. Das ist das Grundübel: Die Energiestrategie 2050 ist an der einfachen Physik gescheitert. In der Begründung wird von einer Fläche von rund 10 Hektaren ausgegangen. Das ist möglich. Sicher ist, dass wir vom Hauptbahnhof bis zur Europabrücke 10 Hektaren Land haben. Gemeint ist das Land der SBB, auf dem es sehr viel Potenzial gibt. Das ist eine gewaltige Fläche. Vor fünf Jahren bauten die SBB graue Mauern zur Lärmsanierung. Diese wirken zwar nicht gegen Lärm, aber gegen die Sicht. Wenn diese hässlichen Mauern mit PV-Anlagen bestückt werden könnten, dann hätten sie wenigstens einen Sinn. Von einer Vertikalbegrünung können wir nur träumen. Wenn ihr die Textänderung nicht annehmt, ist klar, dass ihr nur das Nationalstrassennetz sabotieren wollt.*



4 / 4

Dr. Roland Hohmann (Grüne) ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Das letzte Statement habe ich nicht verstanden. Wie soll man mit der Nutzung von Lärmschutzwänden oder allenfalls einer Überdachung von Autobahnabschnitten das Nationalstrassennetz sabotieren? Natürlich gibt es Fragezeichen. Es ist das Wesen eines Prüfauftrags, Fragezeichen aufzunehmen und Antworten dafür zu finden. Den Textänderungsantrag der SVP werde ich ablehnen, aber nicht aus inhaltlichen Gründen. Ich denke, dass das Postulat klar auf das ASTRA ausgerichtet ist, sodass ich vorschlage, dass wir ein zweites Postulat zu den Eisenbahnen schreiben. Natürlich ist ein solches Projekt mit Kosten verbunden. Der FDP müsste klar sein, dass es für das Netto-Null-Ziel Innovationen braucht. Solche Innovationen kosten und werden sich irgendwann lohnen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Ich bin froh, dass anerkannt wird, dass wir die Energieproduktion in der Schweiz ausbauen müssen. Dazu gehören auch PV-Anlagen in der Stadt. In der Vergangenheit haben wir bereits geprüft, ob sie auch auf Infrastrukturen wie Autobahnen oder Eisenbahnen möglich sind. Insbesondere hatte das ASTRA Vorbehalte wegen der Sicherheit und der Statik. Die Technologie entwickelt sich aber weiter. Insofern können wir nochmals auf das ASTRA zugehen und nachfragen, ob sich an den Vorgaben, die das bisher in Zürich verhindert haben, etwas geändert hat. Wenn das der Fall ist, werden wir mitbieten: Es wird am Ende eine Ausschreibung des ASTRA sein.

Das Postulat wird mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat